

Liebe Genossinnen und Genossen,



eine Pandemie kommt scheinbar selten alleine und so tobt nun auch die Vogelgrippe im Landkreis. Das bedeutet Land unter für alle Amtstierärztinnen und deshalb hat Birte mich um ein Editorial für diesen Mitgliederbrief gebeten. Dem komme ich natürlich gerne nach.

Das gibt mir nämlich die Möglichkeit, ein bisschen auf die enttäuschende Landtagswahl zurückzublicken. Als Zweitkandidat von Birte habe ich wie schon vor fünf Jahren miterlebt, wie sie über Wochen hinweg wirklich jede freie Minute (und viele davon extra dafür genommene Urlaubstage) für das Ziel MdL gearbeitet hat. Oft bis spät in den Abend.

Letztlich war der Kampf für **Jenny** und **Birte** von vorneherein aussichtslos. Gegen den allgemeinen Trend kommt man kaum an und der allgemeine Trend bleibt wohl so lange grün, bis Grün tatsächlich grüne Politik macht.

weiter auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Deutschlands Problem heißt CDU.	2
Jenny sagt Danke	5
Nahverkehrsplan ist Mangelverwaltung statt Verkehrswende	6
StocaMine gefährdet Grundwasser am Oberrhein	8
Von Krozingen in den Bundestag	9
Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens und die SPD	11
Weg mit den gelben Säcken	15
So bunt wie das Leben	15
501. Montagsdemo in Breisach	18
Medienecke: Warnung vor Trojaner-SMS	20
Termine	21
Impressum	21

Gerade deshalb nutze ich diese Chance und danke den beiden im Namen des gesamten Kreisverbandes von ganzem Herzen für ihren Einsatz.

Ein zweiter trauriger Aspekt dieser Wahl ist der Verlust des Mandats für **Sabine Wölfle**. Sabine hat sich über zehn Jahre mit großem Herzen für ihren Wahlkreis und das Land eingesetzt und doch immer wieder die Zeit gefunden, auch zu uns zu kommen. Wir werden das sehr vermissen.

Herzliche Glückwünsche gehen natürlich an **Gabi Rolland**, die es geschafft hat, ihren Sitz mit dem besten südbadischen SPD-Ergebnis zu verteidigen. Es freut uns wirklich sehr, dass wir und unser Landkreis mit ihr weiterhin in Stuttgart vertreten sein werden.

Und natürlich freuen wir uns auch über den Erfolg von **Jonas Hoffmann**, der den Wahlkreis Lörrach sicher gut vertreten wird.

Nach der Wahl ist vor der Wahl und dieses Jahr haben wir keine Verschnaufpause: Die Bundestagswahl steht vor der Tür. Auch das wird Thema dieses Mitgliederbriefes sein. Viel Spaß beim Schmökern.

Euer



Deutschlands Problem heißt CDU.

Dieser Beitrag von Frank Stauss ist auf dessen Blog frank-stauss.de erschienen und wird hier mit Genehmigung des Autors wiedergegeben.

Schon lange vor den Masken-, Aserbaid-schan-, Amthor-Korruptionsaffären der CDU/CSU war es Zeit, den eigentlichen Bremsklotz in der politischen Landschaft Deutschlands zu benennen. Nicht die SPD, die Grünen oder die FDP sind unser Problem auf dem Weg zu einer modernen Regierung. Das Problem heißt CDU.

Nicht wenige Beobachter der politischen Lage erhoffen sich in einem möglichen Schwarz-Grünen Bündnis nach der Bundestagswahl im September 2021 einen dringend benötigten Schub für die Bundesregierung. Aus ihrer Sicht sind 12 Jahre Große Koalition in den letzten 16 Jahren mehr als genug.

Es wird dabei aber übersehen, dass es in den letzten Jahren nicht nur 12 Jahre GroKo gab, sondern 16 Jahre CDU/CSU an der Regierung und im Kanzleramt.

Übersehen wird auch, dass weder Grün-Schwarz in Baden-Württemberg noch Schwarz-Grün in Hessen geschweige denn Schwarz-Gelb in NRW Anlass zu Hoffnung auf einen progressiven Schub geben. Vor allem eine CDU ohne Merkel an der Spitze wird eher nach hinten als nach vorne

durchstarten. Und in allen Ländern, in denen die Grünen regieren, verweisen sie bei den Blockadethemen immer an eine Adresse: die CDU. Wenn die Grünen in Hessen, Baden-Württemberg und anderswo bei Klimaschutzthemen, Flüchtlingsthemen, Energiethemen, ÖPNV, Genderthemen oder der dringend notwendigen Transformation unserer Wirtschaft nicht weiterkommen, verweisen sie immer an den Koalitionspartner CDU.

Also haben scheinbar alle genannten Regierungen ein Problem gemeinsam: die CDU.

Und von wem sollte denn der Schub in Zukunft kommen? Von Armin Laschet, dessen Schwarz-Gelbe Landesregierung in NRW von einem Fettnapf in den nächsten stolpert? Oder gar von Markus Söder, dessen CSU-Minister im Bundeskabinett nur noch Peinlichkeiten liefern – von einer Ausnahme abgesehen. Und der hat schon selbst seinen Rückzug angekündigt. Von Friedrich Merz, dem emeritierten neo-liberalen Hobby-Politiker von vorgestern?

Nein, das Problem der Bundesregierung heißt nicht SPD. Das Problem vieler Koalitionen auf Landesebene heißt meist auch nicht Die Grünen, SPD oder beide zusammen. Es heißt CDU. Und eine CDU ohne Merkel wird noch weniger handlungsfähig sein als sie es jetzt schon ist. Ja, die SPD hat immer wieder die Gabe, sich selbst ins Knie zu schießen – aber so gut wie niemand wirft ihr vor, dass sie

schlecht regiert und ihre Minister*innen nicht liefern.

FRANK STAUSS



Bildnachweis: frank-stauss.de

Frank Stauss beschreibt sich in der Kurzbiographie auf seiner Webseite so:

„Geboren am 15.2.1965 in Freiburg im Breisgau, Dipl. Politologe, Studium in Heidelberg, Washington und Berlin, Fulbright Stipendiat, Geschäftsführender Gesellschafter der Agentur Richel, Stauss und Wahlkampf-Besessener mit bisher gut 30 Wahlkämpfen in 25 Jahren.“

Die Agentur hat die Kampagnen der SPD zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz organisiert.

Die CDU ist Deutschlands Bremsklotz auf dem Weg zu einer modernen, zeitgemäßen und zukunftsweisenden Politik in nahezu allen Bereichen: von Klimaschutz und Energiewende über die Bereiche Landwirtschaft und Tierschutz zu modernen Arbeitnehmer*innenrechten, sozialen

Sicherungssystemen auf der Höhe der Zeit bis hin zu einer modernen Einwanderungs- und Integrationspolitik. Von einem überzeugenden Kampf gegen Rechts, vor allem in den ostdeutschen Landesverbänden, ganz zu schweigen.

Schauen wir einmal auf die Details auf Bundesebene:

Mindestlohn. Es war die CDU, die bis zuletzt den Mindestlohn bekämpft hat und auch noch heute gegen eine Erhöhung agitiert. Der Mindestlohn hätte schon Jahre früher kommen können und müssen. Alle schlimmen Prophezeiungen der CDU – von Klöckner bis Altmaier – sind nie eingetroffen.

Mietpreisbremse. Die CDU hat die Mietpreisbremse durch Ausnahmen, Einschränkungen und Laufzeitregelungen so durchlöchert, dass sie keine volle Wirksamkeit entfalten kann. Und noch immer bekämpft die Union auf Bundes- und Landesebene den Mieterschutz vor Wucherpreisen.

Kohleausstieg, Glyphosat, Klimaschutzziele, Tempolimit, Dieselreduktion. In Umweltschutzfragen bremst die CDU, wo sie kann, verzögert oder verwässert Maßnahmen und dreht, wo sie kann, die Uhr eher zurück als nach vorne.

Grundrente, soziale Sicherungssysteme, Bürgerversicherung. Es ist die CDU, die hier jeden Fortschritt bremst – nicht die SPD und nicht die Grünen.

Hinzu kommen: Die Ehe für alle wurde von CDU/CSU über Jahrzehnte abgelehnt und bekämpft – und am Ende stimmten selbst Merkel und Kramp-Karrenbauer dagegen.

Die tolle Maut für Ausländer.

Die Liste erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit.

Fazit:

Nicht Schwarz-Grün ist die Lösung für ein modernes Deutschland.

Auch die SPD ist nicht das Problem.

Die CDU ist das Problem.

Die CDU muss raus und frischer Wind muss rein.

CDU/CSU raus heißt:

Scheuer raus: für eine moderne Verkehrspolitik.

Klöckner raus: für eine zeitgemäße Landwirtschaft und effektiven Tierschutz.

Seehofer raus: damit endlich mit den Rechten aufgeräumt wird.

Altmaier raus: damit Wirtschaftspolitik nach vorne und nicht ins Gestern führt.

Karliczek raus: damit Wissenschaft und Bildung nicht stiefmütterlich behandelt werden.

Zu Jens Spahn fällt mir nichts mehr ein.

Der politischen Fantasie sollten keine Grenzen gesetzt sein, denn alles ist besser als nochmal vier Jahre und damit

insgesamt 20 Jahre ununterbrochen
CDU/CSU.

Schwarz-Grün ist keine verlockende
Perspektive für die Zukunft.

Alles ohne „Schwarz“ ist es.

Denn das wäre etwas wirklich Neues – nach
16 Jahren.

Frank Stauss

Jenny sagt Danke

Liebe Mitglieder im Kreis Breisgau-
Hochschwarzwald,

*"Tu was du kannst, mit dem was du hast,
dort wo du bist." (Th.Roosevelt)*

Dieses Zitat hat mich während der
vergangenen Wochen häufig begleitet. Ich
verbinde damit den erlebnispädagogischen
Ansatz: Arbeite mit dem, was vorhanden
ist. Und so habe ich auch vor,
weiterzumachen.

Für mich hat die Sozialdemokratie nach wie
vor die richtigen Antworten - gerade auch
auf die Fragen unserer komplexer
werdenden Welt. Darin hat mich diese
Kandidatur bestärkt.

Dennoch liegt ein hartes Stück Arbeit vor
uns, wenn wir unsere Überzeugung in der
zukünftigen Zeit verankern wollen. Packen
wir es an!



Ich danke allen Mitgliedern, die mich in
diesem Wahlkampf finanziell und/oder
zeitlich intensiv unterstützt und sich
eingebracht haben - wo immer es ging.

Ganz besonders bedanke ich mich bei Mia
Sanner, Tanja Kühnel, Bernd und Dagmar
Engesser und Clara Heckmann. Gemeinsam
haben wir diesen besonderen Wahlkampf
gemanagt und keinen Zeitaufwand und
keine Mühen gescheut. Auf
vertrauensvoller Basis und konstruktiver
Aufrichtigkeit hatten wir eine sehr effektive
Zusammenarbeit und konnten diesen
besonderen Wahlkampf gemeinsam
gestalten.

Jetzt ist erstmal Zeit zum Durchatmen.

Ich wünsche euch allen frühlingshafte
Ostertage!

Bleibt gesund und herzliche Grüße,

Jenny

Nahverkehrsplan ist Mangelverwaltung statt Verkehrswende

Derzeit ist die Zeitung voll mit den Reaktionen der Gemeinden und anderen Beteiligten zum Nahverkehrsplan, der in den nächsten Jahren den Busverkehr im Bereich des Zweckverbands neu regeln soll. Die Rückmeldungen und Stellungnahmen sind beinahe alle sehr kritisch und teils heftig in der Sprache und der Bewertung. Ich möchte versuchen, die Gemengelage etwas zu entwirren und die Situation einzuordnen.



Warum ein neuer Nahverkehrsplan und wer ist der ZRF?

Der ZRF ist der Zweckverband Regionalverkehr Freiburg, mit dem die Stadt Freiburg und die Landkreise Breisgau-Hochschwarzwald und Emmendingen den ÖPNV in der Region organisieren. Der sogenannte Nahverkehrsplan betrifft dabei das Busnetz und wird alle fünf Jahre fortgeschrieben. Meist gibt es dabei nur kleine Änderungen bei dieser oder jener Streckenführung.



Dieses Mal ist das aus zwei Gründen anders.

Erstens sind die S-Bahnen massiv ausgebaut worden und bieten deutlich mehr Kapazität. Die soll genutzt werden und die Fahrgäste sollen mit den Bussen schneller zu den schnelleren Zügen gebracht werden.

Zweitens, ist die Busversorgung im Kreis bislang nicht sehr gleichmäßig verteilt. Der Westen des Kreises, also die Rheinebene, ist deutlich besser versorgt als der Osten, also der Hochschwarzwald. Das will der ZRF ausgleichen und einheitliche Kriterien für die Versorgung und Streckengestaltung anwenden.

Vor allem letzteres hat Folgen.

In den derzeit diskutierten Plänen müssen die Gemeinden entlang des Rheins deshalb teilweise massive Verschlechterungen des Angebots hinnehmen. Die Menschen, denen ja eben im Landtagswahlkampf von allen Parteien eine Verkehrswende mit viel mehr ÖPNV versprochen wurde, verstehen das natürlich nicht und sind entsetzt. Dieses Entsetzen wird durch die Schwierig-

keiten bei der Breisgau-S-Bahn noch verstärkt und ist selbstverständlich berechtigt.

Aus dem Schwarzwald hört man dagegen deutlich weniger Kritik. Es gibt sogar weitgehende Zustimmung, zum Beispiel von den Gemeinden Breitenau und Lenzkirch.

Umverteilung ist Mangelverwaltung.

Der Zweckverband streicht keine Mittel, er verteilt sie neu. Mehr kann er nicht tun, denn er kann nun mal nur die Gelder einsetzen, die er von den Gesellschaftern auch bekommt und die reichen nicht für das große Ziel einer Busversorgung in den bahnhofslosen Orten des Kreises, die einer S-Bahn-Anbindung halbwegs nahekommt. Die Mittel reichen gerade so für eine Versorgung der Mittel- und Unterzentren OHNE der jeweiligen Ortsteile. Sollen diese ab einer Größe von zum Beispiel 500 oder 1000 Einwohner*innen ebenso angebunden werden, dann fehlen jedes Jahr rund 7 Millionen Euro, so rechnet der ZRF vor.

Der derzeitige Entwurf des Nahverkehrsplanes zeigt dieses Dilemma sehr deutlich und das soll auch so sein. In einem kürzlich erschienenen Bericht wird ZRF-Geschäftsführer Thomas Wisser dazu folgendermaßen zitiert: "Dass der Entwurf diesen Zusammenhang verdeutlicht, ist gewollt".

Und was ist jetzt mit dieser viel versprochenen Verkehrswende?

Das grüne Verkehrsministerium zieht sich bislang elegant aus der Affäre: Es sieht die Kreise und Städte bei den Bussen in der

Pflicht und verweist auf 250 Millionen Zuschuss für Kreise. Klingt nach viel, wenn man aber bedenkt, dass allein bei uns 7 Millionen fehlen, dann ist das ein eher magerer Zuschuss, der zudem in der Vergangenheit bestenfalls bis zum Inflationsausgleich erhöht wurde. Immerhin wird vom Ministerium auf den Landtag verwiesen und da kommen wir der Sache dann etwas näher: Ein Vertreter des Ministeriums erklärte vor kurzem, "dass letztlich der Landtag über die Höhe der Mittel befindet." Die letzte grün-schwarze Landesregierung hat da offensichtlich anderes für wichtiger befunden.



Wer soll das bezahlen?

Es ist klar: Eine wirkliche Verkehrswende kann nicht nur die Bahn im Blick haben, sondern muss auch die Buslinien ordentlich ausstatten. Das kostet Geld. Das kostet viel

Geld und natürlich darf gefragt werden, wo das herkommen soll. Dabei kann man zuerst an die Strukturen gehen. Es gibt derzeit im Land 22 Verkehrsverbände á la ZRF und das ist schon ein kostspieliger Flickenteppich. Den zu reduzieren bringt sicher Einsparungen. Das wird aber nicht reichen. Meiner Meinung nach brauchen wir eine massive Umschichtung der vorhandenen Mittel für den Verkehr vom Auto zum ÖPNV. Keine neuen Straßen oder Straßenbauprojekt. Nur noch Vorhandenes wird in Schuss gehalten. Stattdessen wird der ÖPNV sukzessive ausgebaut.

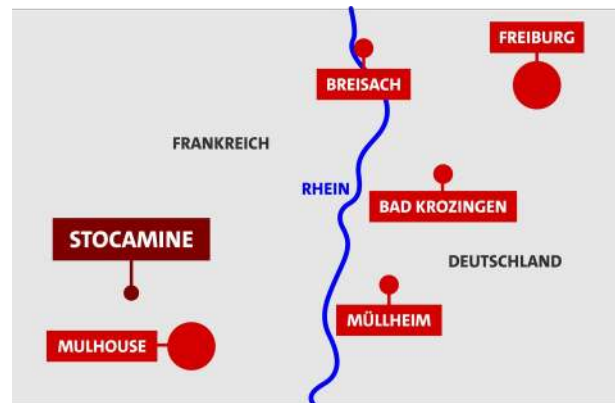
Das Geld dafür ist da und das soll nur mal kurz an einem Beispiel mild ketzerisch verdeutlicht werden. Für den Stadttunnel Freiburg sind 325 Millionen Euro veranschlagt. Uns fehlen sieben Millionen Euro pro Jahr für die Busse. Allein durch den Verzicht auf den Tunnel könnten wir also toll Busse für die nächsten 46 Jahre durch den Landkreis rollen lassen. So darf man das natürlich nicht rechnen, aber es zeigt: Am fehlenden Geld liegt es nicht. Es braucht eine wirkliche Verkehrswende und die haben ja eben im Wahlkampf alle beschlossen.

Oswald Prucker



StocaMine gefährdet Grundwasser am Oberrhein

Seit einigen Jahren, aber ganz aktuell seit Anfang dieses Jahres ist StocaMine wieder Thema bei uns hier am Oberrhein.



StocaMine in Wittelsheim bei Mulhouse im Elsass (siehe Karte) ist die unterirdische Lagerstätte für Sondermüll in einer ehemaligen Kalimine und liegt unterhalb eines der größten Grundwasserreservoirs in Europa.

Dieses Trinkwasservorkommen ist durch die desolate bergbauliche Situation von StocaMine gefährdet. StocaMine als Lagerstätte betrifft dabei nicht nur französisches Territorium, sondern könnte auch negative Auswirkungen auf das rheinüberschreitende Grundwasservorkommen haben, das sich auf einen deutsch-französischen Lebensraum mit mehr als 2 Millionen Einwohnern erstreckt.

Das französische Umweltministerium hat nun im Januar 2021 die vielseitig gefor-

derte Bergung des trinkwassergefährdenden Sondermülls abgelehnt und hat die Endlagerung des Sondermülls in der Untertagedeponie StocaMine angeordnet.

Der Conseil d'Alsace, die neue Gebietskörperschaft als Interessenvertretung der Departements Bas-Rhin und Haut-Rhin, hat in seiner Plenarsitzung am 15.01.2021 eine Resolution verfasst, in der die sofortige Bergung der 42.000t Sondermülls der StocaMine zum Schutz vor Gefahren für die Grundwasservorkommen am Oberrhein gefordert wird.



Die SPD-Fraktion im Regionalverband Südlicher Oberrhein teilt vollinhaltlich die Position der Collectivité européenne d'Alsace (CeA) auf schnellem und möglichst vollständigen Abbau der Lagerbeständen, wie sie in der Resolution vom 15.01.2021 zum Ausdruck kommt.

Am 25. Februar 2021 habe ich für die SPD-Fraktion beim Regionalverband den Antrag

gestellt, die Resolution des Conseil d'Alsace zu unterstützen und die Thematik bei den dem Regionalverband zugänglichen Stellen entsprechend einzubringen und zu vertreten. In der kommenden Frühjahrssitzung der Verbandsversammlung wird der Antrag im Plenum inhaltlich beraten werden.

Zwischenzeitlich bereiten auch die SPD-Fraktionen in den Kreistagen im Landkreis Emmendingen und dem Ortenaukreis auf der Grundlage dieses Antrags entsprechende Initiativen vor. Auch im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald läuft ein entsprechendes Antragsverfahren. Wer sich detaillierter mit dem Thema beschäftigen möchte, findet [weitere Informationen auf unserer Webseite](#).

Helmut Schöpflin
Kreisrat und Regionalrat



Mehr [Informationen zu Stocamine und unseren Antrag](#).

Von Krozingen in den Bundestag

Zumindest unsere Ortsvereinszeitung, die Krozinger Rundschau, hat es geschafft. Nach zwei Ausgaben, die im November und Februar kostenlos an alle Haushalte in Bad Krozingen verteilt wurden, erreichte uns die Nachricht: Diese Zeitung findet sogar in Berlin und im Bundestag interessierte

Leserinnen und Leser. Neben Leni Brey-
maier, unserer ehemaligen Landesvor-
sitzenden, warfen Hubertus Heil und
Franziska Giffey einen neugierigen Blick in
unsere Zeitung.



Zugegebenermaßen erfüllt so etwas das
Redaktionsteam der Zeitung mit einem
gewissen Stolz und dient als Anreiz, weitere
Ausgaben auf die Beine zu stellen.

Wäre da nicht die leidige Frage der Finan-
zierung. Aber auch so ist die Erstellung
einer Ausgabe nach Feierabend ohne pro-
fessionelle Unterstützung ein Kraftakt. Es
rückt der Termin des Redaktionsschlusses
regelmäßig näher, Abgabe in der Druckerei
ist schon terminiert und noch lachen einen
leere Seiten an. Oder das Redaktionsteam
muss noch Fehler ausmerzen, Feinschliff

diskutieren. Derzeit natürlich alles ohne
persönliche Treffen, was es nicht einfacher
macht.



Auch wenn ein Projekt wie diese Zeitung uns leider nicht direkt mit einem überdurchschnittlichen Wahlergebnis bei der Landtagswahl in Bad Krozingen belohnt, für die Beteiligten ist es ein großer Spaß, eine eigene Zeitung zu erstellen, Themen zu finden, über die es zu schreiben lohnt. Auch waren die Reaktionen durchweg sehr positiv und die politischen Mitbewerber waren genervt, dass wir mal wieder die Nase vorne hatten. Spannend, zu beobachten, ob sie in der Öffentlichkeitsarbeit in irgendeiner Form nachziehen oder ob sie beschließen, dass es wie bei den Grünen derzeit keinerlei Bemühungen braucht, um gewählt zu werden.

Ziel und Traum wäre, dieses Zeitungsprojekt bis zu den kommenden Kommunalwahlen durchzuziehen – ups ... davon weiß unser Ortsvereinskassierer ja noch gar nichts!

Nachzulesen sind die Ausgaben der Krozinger Rundschau unter www.krozinger-rundschau.de.

Matthias Schmidt

Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens und die SPD

Am 4. März dieses Jahres weckte ein Artikel in der Badischen Zeitung (BZ) mit der Überschrift „Verdi kritisiert Helios Konzern“ meine Aufmerksamkeit. Er führte mir

abermals die Ökonomisierung des deutschen Gesundheitswesens vor Augen, abermals, denn schon einige Tage zuvor fiel mir ein diesbezüglicher Bericht in der Hessisch - Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) mit dem Titel „Medienkonzern Fresenius will die Kosten drücken“ (23. Februar d.J.) auf.



Dort heißt es, infolge der Pandemie mussten u.a. reguläre Operationen in den zu Fresenius gehörenden Helios Kliniken ausfallen und auch durch die gestiegene Zahl der sogenannten Blutwäschepatienten, die infolge einer Corona Infektion gestorben waren, „sackte das bereinigte Konzernergebnis um 4 Prozent auf knapp 1,8 Milliarden Euro ab“ (HNA). [Anm.: die Zahl bezieht sich auf den gesamten Konzern]. Um diesem Gewinnrückgang zu begegnen, kündigte der Chef des Unternehmens, Stephan Sturm, Maßnahmen zur Effizienzsteigerung an. Hierzu käme auch „das Netz der 89

Kliniken von Fresenius Helios auf den Prüfstand“ (HNA). Die schon im vergangenen Jahr diskutierte Schließung von Helios Krankenhäusern im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald passt in dieses Raster. Und auch die „großzügige“ Lohn-erhöhung von 1 Prozent an die 1000 Beschäftigten der Helios Kliniken in Breisach, Neustadt und Müllheim ab Mitte dieses Jahres und die Halbierung der Pflegezulage für etliche Beschäftigte ist nur folgerichtig - natürlich aus der Sicht der Konzernleitung. Die Gewerkschaft Verdi kündigt nicht nur heftigsten Widerstand gegen diese „Abspeisung der Klinikbeschäftigten“ (BZ) an. Die Gewerkschaft ist auch empört, „dass der Mutterkonzern Fresenius seine Dividendenausschüttung zum 28. Mal in Folge erhöhen will“ (BZ), so der zuständige Geschäftsführer von Verdi, Rainer Geis. Und in der Tat sollen die „Aktionäre eine auf € 0,88 je Aktie erhöhte Dividende erhalten.“ (HNA)

Das Verhalten des Fresenius Konzerns ist nur ein Beispiel der Ökonomisierung des deutschen Gesundheitswesens, die in den 1990er Jahre volle Fahrt aufnahm: Die kommunalen Krankenhäuser wurden „verscherbelt“, weil den Gemeinden die finanzielle Luft ausging.

Wie kam es zu diesem Ausverkauf der Kliniken und Krankenhäuser in Deutschland?

Der Zusammenbruch des Ostblocks 1989-1992 wurde im Westen als Sieg des privat-

wirtschaftlichen Kapitalismus über den staatswirtschaftlichen Sozialismus gefeiert. Die Mächtigen in Politik und Wirtschaft erkannten die Chance, die sozial-politischen Komponente in der Gesellschaft zurückzudrängen. Der Neoliberalismus erfuhr einen Höhenflug. Die US-amerikanische Regierung unter Präsident Reagan hob viele finanzpolitische Einschränkungen per Dekret auf, die insbesondere die Spekulationen an den Börsen erleichterten. In der Bundesrepublik Deutschland bedeutete dies, die soziale Marktwirtschaft wurde weitgehend beseitigt. Es hieß, die Kräfte des freien Marktes würden es schon richten. Die sogenannte öffentliche Hand sollte sich aus der Wirtschaft zurückziehen. Hinzu kamen die enormen Folgekosten für den Beitritt der DDR zur BRD, so auch im Gesundheitswesen: Etwa 16 Millionen Menschen der DDR wurden von heute auf morgen Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung der BRD, ohne je etwas in deren Kassen eingezahlt zu haben.

Durch Steuererleichterungen für höhere Einkommen und Unternehmen versuchte die rot-grüne Bundesregierung unter dem SPD-Bundeskanzler Gerhard Schröder zwischen 1998 und 2005 die bundesdeutsche Wirtschaft anzukurbeln und somit die inzwischen in die Höhe geschossene Zahl von Arbeitslosen zu reduzieren. Zugleich mussten durch sogenannte Reformen die Sozialkassen entlastet werden, Stichwort Agenda 2010 und Hartz IV.



Im Gesundheitswesen bedeutete dies die Privatisierung öffentlicher Krankenhäuser. In der politischen Debatte wurde die Argumentation dafür gleich mitgeliefert: Öffentliche Krankenhäuser seien zu teuer, weil sie nicht effizient genug gesteuert würden. Die Finanzierungsbasis müsse daher von Grund auf geändert und leistungsgerechter werden. Mit dieser Zielvorgabe wurde flächendeckend ab 2004 ein neues Fallpauschalsystem zur Bezahlung aller stationären Behandlungen in Allgemeinkrankenhäusern – damals mit Ausnahme der psychiatrischen und psychosomatischen Kliniken – eingeführt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag und in den Landtagen stimmten diesen Gesetzen und Bestimmungen mehrheitlich zu! Die Sozialdemokratin Ulla Schmidt war als Bundesministerin für „Gesundheit und soziale Sicherung“ maßgeblich am „Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung“ beteiligt. In ihre Zeit fiel auch die Einführung der Fallpauschale nicht nur in den Krankenhäusern, sondern auch bei der Abrechnung der niedergelassenen Ärzte.

Die Folge war die nahezu explosionsartige Zunahme bei der Privatisierung öffentlicher Krankenhäuser. So stieg der Anteil der privaten Krankenhäuser um fast 40 Prozent, der Marktanteil entsprechend gewichteter Fallzahlen legte um 70 Prozent zu. Immer mehr Krankenhäuser wurden von den Kommunen oder Landkreisen an private Klinikkonzerne verkauft, um die zunehmenden Defizite in den öffentlichen Haushalten zu verringern. Denn nun wurden Krankenhäuser als wirtschaftliche Unternehmen betrachtet. Unter den neuen ökonomischen Rahmenbedingungen wurden und werden diese nun privatwirtschaftlich betriebenen Krankenhäuser meist innerhalb weniger Jahre aus der Verlustzone auf dem Rücken der Beschäftigten herausgeführt und erwirtschaften zunehmend saftige Gewinne, die in die Taschen der teilweise börsennotierten Konzerne fließen.

Was sind die Folgen dieser Ökonomisierung?

Patienten und Mitarbeiter sind die Verlierer dieser Entwicklung. Patienten merken das allenthalben, sind in ihrer Rolle als Hilfsbedürftige aber nicht in der Lage, sich gegen die Missstände zu wehren. Mitarbeiter versuchen, durch enormen Einsatz und unter Verteidigung ihres persönlichen Berufsethos trotz aller widrigen Umstände ein Mindestmaß an menschlicher Zuwendung für die ihnen anvertrauten Patienten aufrecht zu erhalten - eine besonders große

Herausforderung seit einem Jahr in Folge der COVID19 Pandemie. „Belohnt“ werden die Aktionäre der Konzerne mit hohen Renditen. Auch der von den Politikern versprochene Wettbewerb auf dem „Gesundheitsmarkt“ ist ausgeblieben: Es gibt lediglich fünf Konzerne in der Bundesrepublik, die den Markt beherrschen.

Was kann die SPD, unsere Partei, tun, um diese verhängnisvolle und unsoziale, ja gefährliche Situation so zu verändern, damit das Wohl der Patienten im Mittelpunkt steht und die Arbeit der Pflegerinnen und Pfleger nicht nur mit Worten, sondern auch materiell gewürdigt wird?

Das aktuelle „Zukunftsprogramm“ unserer Partei für die diesjährige Bundestagswahl enthält einige gesundheitspolitische Ziele: So wird die schon seit Jahren geforderte, aber eigentlich noch nicht einmal im Ansatz realisierte Bürgerversicherung als Lösung genannt, in der jeder erwachsene Mensch Mitglied werden soll. Bezüglich der Ökonomisierung des Gesundheitswesens bleibt das „Zukunftsprogramm“ allerdings vage. Es heißt dort: „Wir wollen die Renditeorientierung im Gesundheitswesen begrenzen, denn sie wirkt sich negativ auf die Versorgung der Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten aus.“ Wie eng wird die Begrenzung? Wann ist die Grenze der Bereicherung durch die auf dem Gesundheitsmarkt agierenden Firmen erreicht? Weiter heißt es im Zukunftsprogramm: „Gewinne, die aus Mitteln der Solidargemeinschaft erwirt-

schaftet werden, müssen zumindest mehrheitlich wieder in das Gesundheitssystem zurückfließen.“ Die Genossinnen und Genossen haben also die Existenz von privatwirtschaftlichen Gewinnen erkannt. Allerdings bleiben sie sehr allgemein ohne klare Mengenangaben bei der Gewinnabschöpfung. Ebenfalls halten sie sich zurück, was die Fallpauschalen angeht: „Das System der Fallpauschalen werden wir auf den Prüfstand stellen, die Pauschalen überarbeiten und wo nötig, abschaffen.“ Immerhin, am Ende des Tunnels wird etwas „dunstiges Licht“ sichtbar: Die vermaledeiten Pauschalen könnten möglicherweise abgeschafft werden. Alle diese Aussagen sind sehr vage und typisch für das Vorgehen unserer Partei. Nur keine radikalen Maßnahmen! Vor wem oder was haben eigentlich unsere Genossinnen und Genossen in den Vorständen Angst? Stimmt es möglicherweise, dass die Vorstandsmitglieder der großen (Gesundheits-) Konzerne die Macht in unserem Staat haben und nicht die gewählten Abgeordneten in den Parlamenten? Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler sind die gesetzlich Versicherten und die im Gesundheitswesen Beschäftigten, auf die sich die Renditeorientierung negativ auswirkt. Daher gilt es, die Gewinne in die gesetzlichen Krankenkassen zu überführen. Wenn unsere Partei den Einfluss, ja die Vorherrschaft der Gesundheitskonzerne beseitigt, kann sie sich der Unterstützung der Mehrheit der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sicher

sein. Hierzu ist Aufklärung über die kapitalistischen Zustände in unserem Gesundheitswesen nötig. Die Zeit eilt: Es ist nicht mehr lange hin bis zur Bundestagswahl im September dieses Jahres! Packen wir's an!

Henry Kesper

Quellen: Badischen Zeitung (BZ), Hessisch-Niedersächsische Zeitung (HNZ), aerzteblatt.de (September 2015): Ökonomisierung im Gesundheitswesen: Betriebswirtschaftlicher Erfolg als Unternehmensziel

Weg mit den gelben Säcken

Die gelben Säcke sind vielen Bürger*innen ein Dorn im Auge. Sie zerreißen leicht und der Inhalt wird dann oft vom Wind in den Straßen und die Landschaft verteilt. Das ist mehr als nur ein unschönes Ärgernis, denn das Plastik gefährdet Tiere, die es fressen oder sich darin verfangen und das eventuell auch entstehende Mikroplastik gefährdet unsere Planeten mittlerweile flächendeckend.



Wir haben deshalb auf Initiative des Ortsvereins Dreisamtal im Kreistag einen Antrag auf Einführung einer gelben Tonne

gestellt. Dieser Antrag ist nach Presseberichten von den anderen Fraktionen weitgehend positiv aufgenommen worden.

Schon in diesem Antrag haben wir erwähnt, dass wir mittelfristig die Einführung einer Wertstofftonne ins Auge fassen. In einer solchen Tonne werden alle wiederverwertbaren Materialien gesammelt und nicht nur Verpackungsmüll. Die Freien Wähler haben diesen Aspekt bereits aufgenommen und wollen gleich zur Wertstofftonne übergehen. Dem können wir uns gerne anschließen.

Oswald Prucker

So bunt wie das Leben

Die Tafel in Bad Krozingen und ihre Kunden

Über 950 Tafeln gibt es in ganz Deutschland. Mit dem Ziel gestartet, überschüssige, noch verzehrfähige Lebensmittel vor der Vernichtung zu retten, sind sie heute für viele Menschen in Not eine unverzichtbare Hilfe. So werden über die Tafeln jährlich rund 265 Tausend Tonnen Lebensmittel an über 1,6 Millionen Menschen weitergegeben.

Eine dieser Tafeln ist die Tafel Staufen, zu der auch der Tafelladen in Bad Krozingen gehört. Um einen Überblick über die Situation der Tafel in Bad Krozingen zu erhalten, haben wir Frau Silke Eckert-Lion, die Leiterin der Tafel Staufen, befragt.

Seit wann gibt es die Tafel in Bad Krozingen?

Die Tafel Staufen wurde im Jahr 2002 gegründet – bis 2019 als gemeinnütziger Verein geführt. Zum 01.01.2019 ging die Tafel in die Trägerschaft des Caritasverbandes Breisgau-Hochschwarzwald e.V. über. In den Jahren gab es viele Standorte, wie der Name jedoch schließen lässt, hat aber alles in Staufen begonnen. Bereits 2-3 Jahre später kam der Standort Bad Krozingen dazu und ebenso Breisach.

Wie viele Kunden sind aktuell registriert?

Ca. 400 registrierte Kunden – dass sind jedoch nur die ausgegebenen Kundenkarten, dahinter „verstecken“ sich entsprechend noch Partner und Familien. Wir befinden uns gerade in einem Systemwechsel der Kundenkartei. Deshalb kann ich hier und heute nur ungefähr schätzen.



Wie hat sich das über die Jahre verändert?

In den Jahren 2015/2016 während der großen Flüchtlingswelle waren natürlich

auch bei der Tafel Staufen vergleichsweise mehr Kunden, als es heute sind.

Bemerkt man hier eine Zunahme an Bedürftigkeit?

Die Zahlen sind recht stabil, dieses Jahr etwas mehr Neuanmeldungen, aber sobald die Leute nicht mehr so knapp bei Kasse sind, kommen die auch nicht mehr zur Tafel.

Wie würden Sie eine repräsentative Kundin, einen repräsentativen Kunden der Tafel beschreiben? Wer sind die Menschen, die auf die Hilfe der Tafel in Bad Krozingen angewiesen sind?

Die Tafel und die Tafelkunden sind so bunt wie das Leben – von Menschen ohne festen Wohnsitz, über Flüchtende oder Alleinerziehende mit Kindern ist alles bei uns vertreten. Groß ist die Gruppe der Rentner!

Wer kann Kunde werden und wie?

Einkaufsberechtigte Personen sind Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben – also alle Menschen, die Leistungen nach SGB II, SGB XII oder AsylbLG beziehen. Wir haben die Einkommensgrenze bei EUR 1.100,00 festgelegt – so können auch Geringverdiener einen Antrag auf eine Kundenkarte stellen – das sind dann die Gruppe der Rentner, Alleinerziehenden, Geringverdiener, Studenten, ...



Details zum [Personenkreis der Einkaufsberechtigten](#)

Bekommen Kunden Lebensmittel und Kleidung umsonst oder müssen sie etwas dafür bezahlen?

Die Lebensmittel werden für einen kleinen Betrag von ca. 10-20% des tatsächlichen Verkaufspreises abgegeben. Bei der Kleidung ist es teilweise noch weniger. Die Einnahmen werden zur Kostendeckung verwendet. Das heißt, die laufenden Kosten der zwei Kühlfahrzeuge wie Versicherung, Treibstoff, Werkstattkosten. Dann müssen wir unsere Miete und Nebenkosten bezahlen, wie Strom, Heizung, Müll. Außerdem versucht man noch, Geld beiseitezulegen, wenn es Großanschaffungen wie zum Beispiel ein neues Fahrzeug sein muss oder Kühlzelle oder Kühlregale. Das ist alles nicht so ohne.

Warum hat sich die Tafel der Caritas angeschlossen und was hat sich dadurch geändert?

Wie es bei vielen Vereinen ist, werden die Mitglieder immer älter und es gibt keinen engagierten Nachwuchs. Eine Tafel wird als Lebensmittelunternehmen gesehen und muss so mit allen Pflichten auch geführt werden. Das ist aufwändig und es ist eine große Verantwortung. Die Tafel Staufen hat drei Verkaufsstellen, da ist einiges zu berücksichtigen, das konnten und wollten die bestehenden Vereinsmitglieder einfach

nicht mehr leisten. So kam es, dass der Caritasverband Breisgau-Hochschwarzwald die Tafel Staufen übernommen hat. Die Tafel Hochschwarzwald wurde z.B. durch den Caritasverband gegründet.



Wie viele Helfer hat die Tafel aktuell und für welche Bereiche bräuchte sie noch Helfer?

Auf unserer Ehrenamtsliste sind knapp 100 Helfer geführt. Davon sind jedoch seit Coronabeginn einige nicht mehr aktiv, wollen aber unter „Normalbedingungen“ wieder zurückkommen. So verteilt sich momentan die Last auf ca. die Hälfte, die bis heute mit ungebrochenem Engagement dabei sind. Dieses Jahr konnte ich mit einem Danke nicht alles ausdrücken, was ich wirklich damit sagen wollte.

Wir würden uns sehr über Helfer im Fahrerbereich freuen. Wir sammeln von

Montag bis Samstag Lebensmittel bei den Supermärkten und Bäckereien und ab und zu müssen Sondertouren gemacht werden. Das heißt, engagierte Helfer, die sich trauen, ein großes Kühlfahrzeug (Sprinter) zu fahren und auch mit anzupacken, denn die ein oder andere Kiste ist schon schwer.

Welche Sachspenden wären am dringlichsten?

Lebensmittelspenden sind bei uns immer gefragt – vor allem Trockenware, wie die Grundnahrungsmittel Nudeln, Reis, Mehl, Zucker, Speiseöl, Hülsenfrüchte, Dosentomaten. Wenn Kaffee oder Tee im Regal stehen, freuen sich unsere Kunden auch sehr, wie auch über Müsli, Gemüsebrühe, Haferflocken ... wirklich die Basics.

Wozu werden aktuell Geldspenden benötigt?

Seit Corona stehen wir vor besonderen Herausforderungen. Unsere Tafel ist winzig klein. Wir mussten unseren Obst- und Gemüsebereich unter ein Zelt vor der Tafel verlagern. Kurz, es mussten viele Anschaffungen gemacht werden, die auf Corona zurückzuführen sind. Wir hatten zum Beispiel auch noch nie so hohe Rechnungen für Reinigungs- und Desinfektionsmittel und Schutzausstattung, wie Handschuhe und Masken. Wenn die Helfer schon freiwillig kommen, dann ist die Schutzausstattung das Mindeste, was wir bieten müssen. Außerdem mussten wir unsere Kleiderläden für lange Zeit schließen. Gerade jetzt sind die auch

wieder zu. Unsere Einnahmen sind dadurch stark geschrumpft, unsere Grundkosten und Extrakosten laufen aber weiter - die Liste ist lang.

Welche Frage zur Tafel würden Sie noch gerne hören und beantworten?

Vielleicht, was wir uns für die Zukunft wünschen?! Also da wäre zum Beispiel die Frage der Räumlichkeiten. Wer schon mal bei uns war, weiß, dass wir von einer „kleinen Butze“ sprechen können. Die Pandemie hat uns wirklich an die Grenzen gebracht. Im Sommer mussten die Mitarbeitenden draußen schwitzen und einen Sonnenbrand riskieren und jetzt im Winter ist es kalt und nass. Wir brauchen größere Räumlichkeiten für den Tafelladen, der schließlich sechs Mal die Woche geöffnet hat. Das ist ein großes Thema und hier brauchen wir dringend Hilfe und Unterstützung!

Wir danken Frau Eckert-Lion für dieses Interview.

Andreas Eckerle

501. Montagsdemo in Breisach

10. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe.

Die Freude war groß, nach so langer Zwangspause die alten Mitstreiter wieder zu sehen. Die ganze Region war vertreten, und natürlich haben es sich auch die

Elsässer nicht nehmen lassen, dabei zu sein.

In seiner Ansprache informierte Gustav über die Entwicklung in den letzten Monaten.



Unter dem Strich bleibt festzustellen, dass - entgegen aller Unkenrufe das Leben in Fessenheim unvermindert weiter geht. Es sind keine Lichter ausgegangen, die Infrastruktur leidet eher unter der Covid-19-Krise und 200 weggefallenen Arbeitsplätze haben keine Untergangsstimmung hervorgerufen.



Im Gegenteil: Der Immobilienmarkt zieht an - nicht zuletzt dank der gestiegenen

Anfrage von Interessenten aus Deutschland. Alle Hoffnungen sind jetzt auf die angekündigten Post-Fessenheim-Prozesse fokussiert.



Pandemiebedingt sind die Mahnwachen vorübergehend ausgesetzt. Wir informieren, wenn sie wieder aufgenommen werden.



Zur Bild-Galerie und dem ausführlichen Bericht geht es hier entlang:



[Montagsmahnwachen \(spd-breisach.de\)](https://www.spd-breisach.de)

Gustav Rosa



Medienecke: Warnung vor SMS „Ihr Paket kommt an ...“ – gefährlicher Trojaner!

Seit einigen Wochen wird massiv eine SMS versendet mit der angeblichen Sendungs-Benachrichtigung über ein Paket, welches kommen soll. Zur Sendungsverfolgung soll man einen Link anklicken.

NICHT ANKLICKEN!

Wer als Android-Nutzer (iOS ist im Moment noch nicht betroffen) diesen Link anklickt, öffnet die Tür zu seinem Handy und lässt einen Trojaner herein – der Banking-Trojaner FluBot. FluBot greift auf eure sensiblen Daten zu, holt sich eure Kontaktdaten, liest eure Benachrichtigungen, telefoniert und schreibt Nachrichten in „eurem Namen“ – etwa in andere Länder, womit dann sehr hohe Kosten verbunden sind.



Ich habe den Link angeklickt – was tun?

Handy in den Flugmodus setzen. Handy-Provider benachrichtigen und Drittanbietersperre einrichten lassen. Beweise sichern: Wenn aktuell noch keine Rechnungsdaten vorliegen, Provider um eine Kostenaufstellung bitten. Dann unbedingt Anzeige bei der Polizei erstatten. Hierfür muss man meistens das Handy zur Polizei mitnehmen. Wer Anzeige erstattet hat, muss laut TKG (Telekommunikationsgesetz – Paragraf 45i Absatz 4) den Teil der Kosten, den der Trojaner verursacht hat, nicht bezahlen.

Erst danach (!) Trojaner entfernen:

Versetze dein Handy in den abgesicherten Modus. Infos dazu gibt es auf der Support-Webseite des Herstellers. Vorsichtshalber die Daten im Onlinespeicher (Cloud) sichern. Jetzt App suchen, die man zuletzt (nicht bewusst) installiert hat – diese dann entfernen – das Handy neu starten. Ggf. muss das Handy in den Auslieferungszustand zurückgesetzt werden. Jetzt kann man die Datensicherung wieder auf dem Handy speichern – ABER – unbedingt vorher kontrollieren, dass die schädliche App, die ihr vorher gelöscht habt, nicht dabei ist. Sonst habt ihr den Trojaner wieder auf dem Handy. Fehlende bzw. gelöschte Apps am besten neu und einzeln wieder aus dem App-Store installieren.



Kann ich mein Handy schützen?

Ja! Vor allem immer darauf achten, dass euer Handy über aktuelle Updates verfügt. Weiter könnt ihr Antivirus-Apps / Anti-Malware-Tools installieren. Die gibt es bereits günstig, wie auch kostenlos. Hier ein Link zu einer Liste der besten Android Virens Scanner. Antivirus-Apps für Android im Test:



[Die besten Handy-Anti-Malware-Tools und Virens Scanner - CHIP](#)

Fazit

Niemals Links in SMS, E-Mail oder Messenger anklicken, die für euch nicht wirklich bekannt und vertrauenswürdig sind!

Wie immer dürft ihr gerne auf mich zukommen, wenn ihr Fragen habt, Hilfe braucht, euch ein Thema wünscht, welches ich hier behandeln soll oder sonst irgendwo der Schuh drückt.

Tanja Kühnel

Termine, Termine

Digitaler Kreisstammtisch

Wir laden euch ein zu den Online-Kreisstammtischen am **Dienstag, 13. April** und **Montag, 17. Mai** jeweils **ab 19:00 Uhr**.



Nutzt euer Notebook, surft nach <https://us02web.zoom.us/j/88362045387> und befolgt die Anweisungen am Bildschirm.

Falls nötig: Die Meeting-ID ist die 883 6204 5387. Mit dem Mobiltelefon geht's auch: Zoom App installieren, aufrufen und mit der Meeting-ID beitreten.

IMPRESSUM

Herausgeberin & V.i.S.d.P. ist die Kreisvorsitzende der SPD Breisgau-Hochschwarzwald:

Dr. Birte Könnecke, SPD Regionalzentrum
Merzhauser Str. 4, 79100 Freiburg.

Redaktion:

O. Prucker, T. Kühnel und B. Könnecke

Kontakt redaktion@spd-breisgau-hochschwarzwald.de